



Aktualisierte Pressemitteilung

Elektro-Altgeräte-Sammlung unter der Lupe: Ein halbes Jahr nach dem Start sind Nürnberg und Frankfurt unter den Großstädten Spitze

Seit dem 23. März diesen Jahres regelt das Elektro-Gesetz die kostenlose Sammlung ausrangierter Elektrogeräte in Städten und Gemeinden. Die Deutsche Umwelthilfe hat den Stand der Umsetzung in 22 Landeshaupt- und Großstädten geprüft.

Berlin, 25.09.2006, korrigiert, 12.10.2006: Bei der Sammlung von Elektro-Altgeräten geht nichts ohne die Kommunen. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) hat deshalb die Umsetzung des neuen Elektro-Gesetzes in den 16 Landeshauptstädten sowie sechs weiteren Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern auf den Prüfstein gestellt. Die Umwelt profitiert von möglichst vielen Initiativen zur Wiederverwendung, von einer verbraucherfreundlichen Sammlung und von einer unterstützenden Öffentlichkeitsarbeit. Knapp zwei Millionen Tonnen Elektro-Altgeräte fallen in Deutschland jährlich an. Diese können am Ende ihres Lebens zu wertvollen Rohstoffen werden, sofern sie tatsächlich bei einer Altgeräte-Sammlung ankommen. Oder Sie landen im Restmüll und werden wegen ihres Cocktails aus Schwermetallen und Flammschutzmitteln zu einer erheblichen Belastung. Ziel des seit dem 23. März umgesetzten Elektro-Gesetzes ist es, die Verwertung der Altgeräte erheblich zu steigern. Die Getrenntsammlung ist jetzt Pflicht.

Nach den Ergebnissen der DUH-Untersuchung rangiert die Stadt Nürnberg auf Platz 1, Rang 2 belegt die Stadt Frankfurt a.M., gefolgt von einem breiten Mittelfeld. Das Schlusslicht bei der verbraucherfreundlichen Sammlung bildet die Bundeshauptstadt Berlin.

Eva Leonhardt, DUH-Projektleiterin für Kreislaufwirtschaft kommentiert: *„Die Gegenüberstellung dieser unterschiedlichen Sammel-Systeme ist sehr komplex, aber im Gesamtvergleich ist Nürnberg unter den befragten Großstädten unser Spitzenreiter.“* Neben einer Holsammlung für alle Arten von Geräten verfügt die Stadt über eine relativ hohe Dichte an Wertstoffhöfen. Die Höfe werden vom Bayrischen Roten Kreuz betrieben, Mitarbeiter prüfen die eingehenden Geräte auf ihre Funktionstüchtigkeit. Diese Prüfung steht zwar im Gesetz, ist aber nach Kenntnisstand der DUH in Deutschland mehr die Ausnahme als die Regel. Bei den anderen befragten Städten erfolgt keinerlei Prüfung am Hof, allenfalls bei Sammlungen über den Sperrmüll.

Auch mit einer Sammelmenge von 4,1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung (ohne Großgeräte wie Waschmaschinen) ist Nürnberg führend.

Frankfurt a. M. rangiert im Gesamt-Ranking auf dem zweiten Platz. In der Mainmetropole haben die kommunalen Entscheidungsträger den Sozialbetrieb „Werkstatt Frankfurt e.V.“ mit der Sammlung und Aufarbeitung von Altgeräten beauftragt. Bereits seit Jahren

wird der Fokus auf die Wiederverwendung von Großgeräten und Unterhaltungselektronik gelegt. Große Geräte werden auch hier kostenlos von den Bürgern abgeholt, der Sammelservice für Kleingeräte kommt im Vergleich zu Nürnberg jedoch zu kurz.

59 Prozent der befragten Städte bieten einen kostenlosen Abholservice für große Geräte an. Die Hälfte der Städte bindet soziale Einrichtungen bzw. Sozialbetriebe in die Sammlung ein. Insgesamt haben die Sammelmengen seit Einführung des Gesetzes deutlich zugenommen – insbesondere bei Kleingeräten. *„Nach unseren Erkenntnissen erfüllen alle Landeshaupt- und Großstädte die Pflicht zur Geräte-Rücknahme. Bei der „Kür“ sind einige gute Initiativen dabei. Doch die Metropolen können sich noch einiges bei den kleineren Städten und Kreisen abgucken“*, merkte Leonhardt an. So habe die Stadt Mönchengladbach eine Extra-Sammlung für Kleingeräte eingeführt, die auch offensiv auf Citylight-Postern beworben werde. Die Kreise Wolfenbüttel, Steinburg und Ahrweiler binden den Fachhandel als Kooperationspartner für die Rücknahme von Kleingeräten ein und im Kyffhäuserkreis werden Kleingeräte in den Schulen gesammelt. Insgesamt seien die Sammelmengen nach Einführung des ElektroG zwar gestiegen, aber immer noch gingen viel zu viele Geräte falsche Wege.

Als wenig erfreulich erweist sich die Situation in der Bundeshauptstadt, die das Schlusslicht aller untersuchten Metropolen darstellt. Berlin verfügt zwar über eine hochprofessionelle Öffentlichkeitsarbeit, die Informationen zum ElektroG sind jedoch nach Kenntnisstand der DUH bei vielen Berlinern noch gar nicht angekommen. Zudem lässt die Dichte der Sammelstellen zu wünschen übrig und die Abholung erfolgt nur gegen Bezahlung – kein großer Anreiz also zur Verhaltensänderung für die Hauptstädter. Auch der Sammel-Service in Leipzig und Dortmund bleibt hinter dem der meisten anderen Städte zurück. Leipzig verfügt immerhin über relativ viele Wertstoffhöfe.

Als kritische Entwicklung zeigt sich, dass Geräte, die in den Straßen zur Abholung bereitstehen, zunehmend beraubt werden. Sie werden damit zur Wiederverwendung unbrauchbar und die wertvollen Teile kommen gar nicht erst beim offiziellen Verwerter an.

Die DUH-Untersuchung thematisiert ausschließlich die Sammlung durch die Kommunen. Der weitere Transport und die Verwertung liegen in der Verantwortung der Hersteller und sind nicht Bestandteil dieser Betrachtung. Hinweise zu abnehmender Qualität bei der Verwertung legen jedoch nahe, auch diesen Bereich näher zu beleuchten.

Zum Projekt „Green Electronics“

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) begleitet mit „Green Electronics“ die Umsetzung des Elektrogesetzes in der Öffentlichkeit. Das Projekt wird vom Bundesumweltministerium (BMU) und vom Umweltbundesamt gefördert.



Weitere Informationen: www.green-electronics.info

Für Rückfragen:

Eva Leonhardt, Projektleiterin Kreislaufwirtschaft der DUH, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin, Tel.: 030/258986-12, Fax: 030/258986-19, mobil: 0151/16716545, E-Mail: leonhardt@duh.de